



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 29. Januar 2013 (30.01)

5773/13

**Interinstitutionelles Dossier:
2012/0360 (COD)**

**JUSTCIV 12
CODEC 163**

I-PUNKT-VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für den: AStV

Nr. Komm.dok.: 17883/12 JUSTCIV 365 CODEC 3077 + ADD 1 + ADD 2

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur
Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren
– Fakultative Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹

1. Am 13. Dezember 2012 hat die Kommission dem Rat einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren vorgelegt.
2. Der Vorschlag stützt sich auf Artikel 81 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und erfordert keine Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Die Kommission schlägt dennoch die fakultative Anhörung des EWSA vor.

¹ Dieser Vermerk dient ausschließlich dem Zweck, einen Beschluss über die Anhörung eines anderen Organs/einer anderen Einrichtung herbeizuführen; er betrifft nicht den Inhalt des Vorschlags.

3. Angesichts des Gegenstands des Vorschlags wird die Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses als sinnvoll erachtet.
 4. Der AStV wird daher ersucht, gemäß Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie gemäß Artikel 19 Absatz 7 Buchstabe h der Geschäftsordnung des Rates die Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem oben genannten Vorschlag zu beschließen und den Ausschuss zu ersuchen, so bald wie möglich Stellung zu nehmen.
-